



Wissenschaft für Frieden und Abrüstung – Zivilklausel jetzt einführen!

Bundesweit und auch in Köln setzen sich Hochschulmitglieder, GewerkschafterInnen und Friedensbewegte für eine humane und friedliche Orientierung der Wissenschaft ein, die allen zu Gute kommt: Die Hochschulen sollen sich auf strikt zivile Zwecke verpflichten und zum Frieden beitragen (Zivilklausel). Eine deutliche Mehrheit der Studierenden hat an den Hochschulen Karlsruhe, Köln, Frankfurt und Kassel für die Verankerung von Zivilklauseln gestimmt, mittlerweile haben 14 Hochschulen Zivilklauseln in ihre Satzungen aufgenommen – alleine im letzten halben Jahr die TU Darmstadt sowie die Unis Frankfurt und Göttingen. In diesem Semester steht auch in Köln – über zwei Jahre, nachdem sich die Studierenden mit einer deutlichen Mehrheit von knapp 2/3 für eine Zivilklausel ausgesprochen haben – die Verankerung einer Zivilklausel auf der Tagesordnung. Wir werden darauf setzen, dass auf der öffentlichen Senatssitzung am Mittwoch, dem 15. Mai, folgende Formulierung in die Grundordnung der Universität aufgenommen wird:

„Sie [die Universität] trägt als zivile Einrichtung zu einer friedlichen und zivilen Entwicklung der Gesellschaft bei, zu Völkerverständigung und zur Humanisierung der Lebensverhältnisse weltweit. Die Universität sieht sich der Aufklärung verpflichtet, sie fördert ein gesellschaftlich verantwortliches Handeln ihrer Mitglieder sowie die kritische Reflexion der politischen, gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Interessen der Zeit.“

Die Bewegung für Zivilklauseln an den Hochschulen ist Ausdruck der Möglichkeit und des Erfordernisses, die drängenden Probleme dieser Welt zivil und solidarisch zu lösen. Dazu können und müssen die Hochschulen beitragen und dafür zu Orten des kooperativen Nachdenkens, der Reflexion und der Kritik des Bestehenden für die Überwindung der Übel werden. Wir wollen uns mit der Veranstaltungsreihe „Verantwortung der Wissenschaft für Frieden und Abrüstung“ dem Problem von Krieg, Aufrüstung und Forschung für kriegerische Zwecke stellen, sowie die Verantwortung der Wissenschaft für Frieden und Abrüstung diskutieren und erörtern. Damit wollen wir dafür wirken, dass eine Zivilklausel an der Uni Köln beschlossen wird und Konsequenzen für eine gesellschaftlich verbessernde, friedensorientierte Ausrichtung von Studium, Lehre und Forschung gezogen werden.

Kommt zu den Veranstaltungen und beteiligt Euch an den Aktivitäten!

Aktuelle Aktivitäten und Veranstaltungen:

Donnerstag, 2. Mai 2013, 18:00 Uhr,
Hörsaal A2, Hörsaalgebäude:

Freiheit und Verantwortung der Wissenschaft

Diskussionsveranstaltung mit
Torsten Bultmann

Mittwoch, 15. Mai 2013, 15:00 Uhr,
Neuer Senatssaal, Hauptgebäude:

Öffentliche Senatssitzung

Bei der Senatssitzung möchten wir einen Beschluss für eine Zivilklausel herbeiführen. Kommt zahlreich!

Dienstag, 4. Juni 2013, 18:00 Uhr,
Hörsaal I, WiSo-Gebäude:

Was können alle unternehmen, damit die Hochschulen zu Frieden und sozialer Verbesserung beitragen?

Podiumsdiskussion mit VertreterInnen von SPD, Grünen, der Linken und der Piratenpartei zur Reform des Landeshochschulgesetzes

Montag, 10. Juni 2013, 18:00 Uhr,
Hörsaal A2, Hörsaalgebäude:

Kampfdrohnen, Rüstungsforschung und die Verantwortung der Wissenschaft für Frieden und Abrüstung

Diskussionsveranstaltung mit
Hans-Jörg Kreowski

Weitere Infos zu den Veranstaltungen siehe Rückseite

Veranstaltungsreihe des Arbeitskreises Zivilklausel:

„Verantwortung der Wissenschaft für Frieden und Abrüstung“

Donnerstag, 2. Mai 2013, um 18:00 Uhr, in Hörsaal A2, Hörsaalgebäude:

Freiheit und Verantwortung der Wissenschaft

Referent: Torsten Bultmann (Bund demokratischer WissenschaftlerInnen, BdWi)

Gegen die Zivilklausel wird die „Freiheit der Wissenschaft“ als scheinbares Gegenargument herangezogen. Dieser Einwand ist nicht neu: Schon gegen die Bestrebungen für eine Demokratisierung von Hochschule und Gesellschaft der 68er-Bewegung konstituierte sich der konservative „Bund Freiheit der Wissenschaft“. Der „BFW“ wendete die „Wissenschaftsfreiheit“ als privates Recht des einzelnen Professors gegen eine Demokratisierung und gesellschaftskritische Ausrichtung der Wissenschaft, die sich an der Verbesserung der Lebensbedingungen orientierte und die bestehenden Herrschaftsverhältnisse in Frage stellte. Heute wird von neoliberaler Seite die „Wissenschaftsfreiheit“, die im Grundgesetz als Konsequenz aus dem Faschismus und dem 2. Weltkrieg verankert worden ist, gegen die Zivilklauselbewegung angeführt.

Vor diesem Hintergrund wollen wir in der Veranstaltung folgenden Fragen nachgehen: Ist Freiheit denkbar, ohne Verantwortung für die Allgemeinheit und Frieden mitzudenken? Wessen Freiheit, und Freiheit wozu sollen verteidigt werden, wo diese gegen eine friedliche Ausrichtung der Wissenschaft ins Feld geführt wird? Und ist die Wissenschaftsfreiheit, wie sie im Grundgesetz festgeschrieben ist, wirklich ein Argument gegen Zivilklauseln? Oder soll sie nicht vielmehr als Konsequenz aus dem Faschismus die Unabhängigkeit der Wissenschaft von partikularen Interessen garantieren, um allen zu ermöglichen, für die Verwirklichung von Demokratie, Menschenwürde und Frieden einzugreifen? Welche Voraussetzungen müssen an den Hochschulen geschaffen werden, um eine solche humane und verbessernde wissenschaftliche Praxis zu ermöglichen?

Montag, 10. Juni 2013, um 18:00 Uhr, in Hörsaal A2, Hörsaalgebäude:

Kampfdrohnen, Rüstungsforschung und die Verantwortung der Wissenschaft für Frieden und Abrüstung

Referent: Prof. Hans-Jörg Kreowski, (Uni Bremen und Forum InformatikerInnen für Frieden und gesellschaftliche Verantwortung e. V., FiFF)

Obwohl die Mehrheit der Bevölkerung die Kriegseinsätze der Bundeswehr ablehnt, soll weiter aufgerüstet werden, wenn es nach dem Willen der Bundesregierung geht. „Verteidigungsminister“ Thomas de Maizière will erklärtermaßen Kampfdrohnen für die Bundeswehr anschaffen. Dafür wird auch die Wissenschaft in Dienst genommen, an Drohnen wird auch an Hochschulen geforscht. Kampfdrohnen sind Angriffswaffen: Mit diesen unbemannten Tötungsmaschinen werden unter Missachtung des Völkerrechts, ohne gerichtliche Verfahren, weltweit gezielt Menschen ermordet. Die Alternative zum globalen Wettrüsten ist das unbedingte Gewaltverbot zwischen den Staaten, die Ächtung des Angriffskrieges, Abrüstung, internationale Solidarität und Kooperation. Aufgrund der Aufklärungsarbeit und des Widerstandes der Friedensbewegung und auch friedensbewegter WissenschaftlerInnen ist die Anschaffung von Kampfdrohnen durch das Verteidigungsministerium bisher verschoben worden. (Die Kampagne für ein weltweites Verbot und die völkerrechtliche Ächtung von Kampfdrohnen findet ihr unter: <http://drohnen-kampagne.de/>).

Rüstungsforschung – und auch Drohnenforschung – wird häufig mit der Begründung gerechtfertigt, Wissenschaft und Technik wären neutral und könnten sowohl zivil als auch militärisch eingesetzt werden. Kann sich die Wissenschaft von der Verantwortung für ihre Ergebnisse wirklich freisprechen – und kann damit auch Rüstungsforschung legitimiert werden? Worin bestehen umgekehrt die Möglichkeiten und die Verantwortung der Wissenschaft, gegen Rüstung und Rüstungsforschung einzugreifen, über mögliche Gefahren neuer Technologien und für eine Technologie im Dienst der Menschheit und die weltweite Realisierung menschenwürdiger Lebensverhältnisse aufzuklären? Wie können solche Fragen und Ansprüche stärker in Lehre, Forschung und Studium Berücksichtigung finden?

Weitere Veranstaltungen sind in Planung und werden unter www.zivilklausel.uni-koeln.de angekündigt.